

REGULIERUNGSKOSTEN - Das revidierte Arbeitsvermittlungsgesetz kostet die Personalverleihbranche jedes Jahr viel Geld.

Millionen für Bürokratie



KERNTHEMA Die Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes (AVG) im Zusammenhang mit den flankierenden Massnahmen II hat die Regulierungskosten im Personalverleih massiv erhöht. Der Verband der Personaldienstleister der Schweiz swisstafing, der 242 Unternehmungen vertritt, hat kürzlich detailliert ausgerechnet, wie teuer der Bürokratielohn der Branche zu stehen kommt.

REGULIERUNG

Spezielle GAV-Datenbank nötig Die Pflicht zur Einhaltung der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen sowie insbesondere der Beiträge für Weiterbildung, Vollzug und allfällige Vorruhestandslösungen (FAR) von allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen (ave GAV) bedeutet für die Personalverleiher, dass sie ihre Einsatzverträge und Lohnabrechnungen nach über 5000 Parametern programmieren müssen. Der Personalverleih kann heute nicht mehr ohne eine entsprechende GAV-Datenbank abgewickelt werden.

Spezielle GAV-Datenbank nötig

«Wir schätzen den Aufwand für den Betrieb und die kontinuierliche Pflege einer GAV-Datenbank auf 200 000 Franken pro Jahr. Da in der Branche vier solche Datenbanken existieren, kosten allein diese jährlich 800 000 Franken», erklärt Vizedirektorin Myra Fischer-Rosinger.

Zeitintensive Administration

Den zusätzlichen Aufwand der Personalberatenden für die GAV-konforme Vertragserstellung schätzt der

Verband auf einen Arbeitstag pro Monat und Personalberater. Bei 3000 branchenweit tätigen Personalberatenden führt dies bei einem durchschnittlichen Tagessatz von 200 Franken zu Kosten von insgesamt 7,2 Millionen Franken.

Zusätzlicher Administrationsaufwand entsteht durch die Tatsache, dass die abgerechneten Weiterbildungs-, Vollzugs- und FAR-Beiträge an rund 70 verschiedene paritätische Institutionen abgeführt werden müssen. Dazu muss man wissen: Jeder GAV hat seine eigene paritätische Kommission. Den Aufwand für die GAV-konforme Abrechnung der Weiterbildungs-, Vollzugs- und FAR-Beiträge schätzt swisstafing auf 1 Mannmonat je Personalverleihfirma. Bei rund 700 Firmen und einem Monatsgehalt von 8000 Franken macht das für die Gesamtbranche 5,6 Millionen Franken.

Kostspielige Kontrollen

«Die Einhaltung der ave GAV durch die Personalverleiher wird von den paritätischen Organen kontrolliert. Auch die Vorbereitung solcher - häufig unkoordinierten - Kontrollen bindet Personal und verursacht Aufwand», weiss Myra Fischer-Rosinger. Sie schätzt diesen auf 1 Mannjahr je 370 Millionen Lohnsumme. «Bei einer Branchenlohnsumme von 3,7 Milliarden und einem Jahresgehalt von 100 000 Franken kostet dies insgesamt eine Million Franken. Und dies jedes Jahr.»

Insgesamt betragen die eigentlichen Regulierungskosten in der Personalverleihbranche somit 15 Millionen Franken pro Jahr. «Sie kreieren absolut keinen Mehrwert, sondern sind reine Bürokratie», ärgert sich Fischer-Rosinger.



Temporäre Arbeitseinsätze (hier in der Reinigungsbranche) werden durch die Bürokratie um 40 Millionen Franken pro Jahr verteuert.

Um 25 Millionen betrogen

Die swisstafing-Vizedirektorin fügt sogleich hinzu, dass die Personalverleihbranche durch die Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes jedes Jahr nicht nur 15, sondern sogar 40 Millionen verliert. Schuld daran sind die abgeführten GAV-Beiträge, von denen weder die Personalverleiher noch die temporär Beschäftigten profitieren können. «Bei der Einführung der Regelung argumentierte man damit, dass man gleich lange Spiesse zwischen Festangestellten und Temporärarbeitenden schaffen wollte», so Fischer-Rosinger. Doch diese könnten von den Abgaben nur sehr vereinzelt profitieren. Trotz gesetzlicher Erfordernis - die swisstafing-Vizedirektorin verweist auf Art. 48e AVV - hat bis heute keine der paritätischen Kommissionen ordnungsgemäss Rechenschaft über die Verwendung der bei der Verleihbranche erhobenen Beiträge abgelegt. «Aufgrund uns vorliegender Dokumente müssen wir annehmen, dass diese Gelder nicht im

Sinne des parlamentarischen Auftrages verwendet wurden, also nicht nur für Weiterbildung und nur sehr selten zum Vorteil der temporären Mitarbeitenden», erklärt sie.

Rund ein Drittel der Temporärarbeitsverhältnisse finden in Branchen mit einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag statt und unterstehen diesem folglich. «Wir schätzen das Gesamtvolumen der jährlich abgeführten GAV-Beiträge für Weiterbildung und Vollzug auf drei bis vier Millionen Franken sowie für den frühzeitigen Altersrücktritt auf über 20 Millionen Franken.»

Wer weiss, dass die Temporärarbeitsbranche pro Jahr 125 Millionen Einsatzstunden vermittelt und somit Arbeitsplätze schafft, die es ansonsten nicht gäbe, kann nachvollziehen, wie sehr die übermässigen Regulierungskosten dem Wirtschaftsstandort Schweiz schaden. *Matthias Engel*

LINK

www.swisstafing.ch

RADIKALE REFORM - Im Wahljahr wagt sich in der Schweiz niemand an das «Killerthema» Rentenalter-Erhöhung. Anders siehts in Dänemark aus.

Erst mit über 70 Jahren in die Pension?

Eigentlich möchte Dänemarks konservative Regierung den Vorruhestand weitgehend abschaffen und das Rentenalter langfristig auf mindestens 70 Jahre anheben. Die radikalen Reformpläne des rechtsliberalen Ministerpräsidenten Lars Løkke Rasmussen zielen nicht nur auf Einsparungen, sondern sollen auch den unausweichlichen Mangel an Arbeitskräften in kommenden Jahrzehnten bekämpfen. «Es geht hier um die Lebensfähigkeit der dänischen Wirtschaft», betont Rasmussen.

Stufenweise Anhebung

Dazu sollen einige alte Zöpfe abgeschnitten werden. Das in den 1990er-Jahren eingeführte Recht auf Vorruhestand mit 60 soll für jetzt unter 45-Jährige komplett abgeschafft werden. Für Ältere wird es stufenweise eingeschränkt. Davon hatten bisher vor allem Berufstätige aus unteren Einkommensgruppen Gebrauch gemacht. Rasmussen beschönigt nichts: «Man kann nicht gesunde Menschen dafür bezahlen, dass sie aufhören zu arbeiten.»

Das bisherige gesetzliche Rentenalter von 65 Jahren will Rasmussen bis 2014 auf 67 Jahre anheben. Danach soll es stufenweise parallel zum durchschnittlichen Anstieg der Lebenserwartung steigen. Demnach müssen sich heute 30-Jährige auf ein Arbeitsleben bis 71 einstellen.

Das bisherige System gilt als eine grosse Belastung für die Staatskasse. Dänemark hatte bis zur Finanzkrise einen beispiellosen Wirtschaftsboom über fast anderthalb Jahrzehnte erlebt, kämpft aber seit 2008 mit zunehmenden Defiziten.

Ob die Reform zustande kommt, ist jedoch ungewiss: Die oppositionellen Sozialdemokraten bezeichnen die Pläne als «brutal und nicht akzeptabel». Rasmussen und seine Koalitionspartner von den Konservativen haben dafür im Parlament keine Mehrheit, weil auch die rechtspopulistische DVP dagegen ist. Sie fungiert seit Anfang 2002 als Mehrheitsbeschafferin für die Minderheitsregierung. Bis spätestens November sind in Dänemark Neuwahlen fällig.



Mut bewiesen: Dänemarks Premier Lars Løkke Rasmussen.

Bald auch Deutschland?

Käme aber in Dänemark die Rente über 70 doch noch, könnte das vor allem für Deutschland Signalwirkung haben, die wiederum auf die Schweiz abstrahlen könnte. Denn die nordeuropäischen Länder Dänemark, Schweden und Finnland gelten dort als Vor-

bild in Sachen Sozialsysteme. Bereits haben mehrere Politiker der CDU/CSU-FDP-Koalition leise angeregt, das Rentenalter von 67 auf 70 Jahre anzuheben. Laute Töne zu diesem Thema sind vorläufig unerwünscht, denn es steht ein Superwahljahr auf Länderebene bevor... *Gst*

NACHLESE

Obamas Spar-Vorbild

Die USA haben mehr als vierzehn Billionen (14 000 000 000 000) Dollar Schulden und denken jetzt deshalb langsam ans Sparen. Präsident Barack Obama hat dafür ein Vorbild gefunden: Nach seiner Meinung sollten Regierungen mit Geld so umgehen wie Brenda Breece. «Ich glaube schon, dass meine Familie sparsam ist», hatte die Grundschullehrerin aus Missouri dem Präsidenten geschrieben und aufgezählt, wo sie überall den Rotstift ansetzten, seit Ehemann David seinen Job beim Autobauer Chrysler verlor. Höchstens noch einmal im Monat geht es ins Kino, der Friseur ist tabu, die Haare werden jetzt von Verwandten geschnitten. Wo immer es sich anbietet, schiebt Brenda Kupons über die Ladentheke, Rabattscheine, die man sich aus Zeitungen ausschneiden kann. Ein Posten aber bleibt unangetastet: Die fünfstellige Summe, die sie ihrer Tochter Rachel zuschiesst, damit die ihre College-Gebühren berappen kann. Lieber sucht sich die Mutter einen zweiten Job, als dass Rachel das Studium abbrechen müsste. Obama erklärt Brenda Breece daher zum Symbol kluger Haushaltspolitik. «Nicht über unsere Verhältnisse leben, während wir zugleich in unsere Zukunft investieren», genau das strebe er an mit seinem neuen Budget. Im neuen, am 1. Oktober beginnenden Finanzjahr will die Re-



gierung sparen. Heizkostenzuschüsse für Einkommensschwache werden halbiert, ein Viertel weniger für ein Umweltprogramm an den Grossen Seen ausgegeben. Der Bund kürzt Subventionen für Flughäfen und Klärwasseranlagen und friert Beamtengehälter für zwei Jahre ein. Nebenbei: Die Notenpressen der USA laufen sich heiss, was inflationäre Tendenzen bewirkt und so die Schulden mildert. Natürlich auf Kosten von Leuten, die in Dollaranlagen investiert haben...

Für Schuldenbremse



Im April 2009 hat das sgv-Parlament, die Schweizerische Gewerbezeitung, eine Resolution gefasst, die einen Paradigmawechsel in der Sozialpolitik fordert. Ein besonderes Anliegen war dabei die Ausdehnung des Mechanismus der Schuldenbremse auf die Sozialwerke. Diese Massnahme könnte nach anfänglicher Totalablehnung nun doch Realität werden: Am 17. Rheintaler Wirtschaftsforum hat Bundesrat Didier Burkhalter (Bild) in einer Rede über die nötigen Reformen des Sozialsystems den Beweis für sein Umdenken geliefert: «Zum einen müssen die Sozialversicherungen so ausgestaltet werden, dass sie bei vielfältigen Lebens- und Arbeitsformen einen genügenden Schutz bieten. Zum andern muss ein Mechanismus eingebaut werden, der eine mindestens teilweise finanziell stabilisierende Wirkung hat: eine Art Schuldenbremse.» Der sgv ist gespannt, wie der Innenminister die Sache angehen will...

FREMDWORT DER WOCHE

■ **Submission.** In der Schweiz im Hinblick auf das Verhältnis zur EU aktueller denn je. Bedeutet nämlich nicht nur Auftragsvergabe per Ausschreibung, sondern auch Unterwerfung und Unterwürfigkeit.